

Pedro Alarcón, Katherine Rocha & Simone Di Pietro

Die Yasuní-ITT-Initiative zehn Jahre später Entwicklung und Natur in Ecuador heute

Keywords: Latin America, Yasuní, *buen vivir*, neo-extractivism, oil, nature, development

Schlagwörter: Lateinamerika, Yasuní, *buen vivir*, Neo-Extraktivismus, Öl, Natur, Entwicklung

Die „Yasuní Ishpingo-Tambococha-Tiputini (ITT)“-Initiative machte den Vorschlag, die Ausbeutung von 850 Mio. Barrel Öl, der geschätzten Reserve von Ölfeld 43, zu stoppen. Für Ecuador, das nur ein kleiner Ölexporteur ist, ist das ITT eines der größten Ölfelder im Land, das etwa ein Viertel der gesamten Ölreserven Ecuadors ausmacht. Für den weltweiten Konsum würde es nur für eine Woche ausreichen, wobei 407 t CO₂ in die Atmosphäre abgegeben würden (Larrea 2010: 10). Neben dem Beitrag, die globalen Folgen des Verbrauchs fossiler Brennstoffe zu verringern, war die Initiative für die Erhaltung des *Yasuní-Nationalparks* (YNP) zentral. Der Nationalpark wurde 1979 eingerichtet und ist seit 1989 Bestandteil der UNESCO Welt-Biosphärenreservate. Das Reservat ist „Habitat verschiedener indigener Nationen, inklusive ‘nichtkontaktierter’ Völker“ (Narváez u.a. 2013a: 9). Daher wurde im Jahr 2006 ein Teil des Nationalparks als unantastbare Zone *Tagaeri Taromenane* markiert, um das Territorium der Vorfahren dieser Völker anzuerkennen. In der Ölfördergegend liegt also ein Gebiet mit besonderer kultureller und biologischer Vielfalt. Achtzig Prozent des Gebietes des Nationalparks überlappen sich mit sechs Ölfeldern, darunter Feld 43. Als Gegenleistung dafür, das Öl in der Erde zu lassen, hat der ecuadorianische Staat internationale Ausgleichszahlungen beantragt. Diese sollen auf dem „Prinzip der differenzierten Mitverantwortung“ basieren (Alberto Acosta, Interview, 12.2.2016). Diese Ausgleichszahlungen sollen mindestens 3,6 Mrd. US\$ oder die Hälfte der möglichen Gewinne durch die Förderung von Öl umfassen (Larrea 2010: 8). Ecuador unterstützte die Initiative und erklärte sich bereit, die andere Hälfte der Kosten dafür zu tragen, das Öl in der Erde zu lassen.

Die ecuadorianische Regierung verkündete 2007 die Yasuní-Initiative. Der Hintergrund lag im prognostizierten Klimawandel durch den stärker werdenden natürlichen Treibhauseffekt. Allerdings wurde bereits Jahre zuvor von zivilgesellschaftlichen Organisationen und AktivistInnen gefordert, Erdöl, wenn es in ökologisch und kulturell sensiblen Gebieten gefunden wird, in der Erde zu lassen. Für diese Gruppen schlug die Initiative einen Weg der Alternative zur gegenwärtigen Entwicklung ein, die auf dem Konsum nicht-erneuerbarer Ressourcen beruht und negative sozio-ökologische Folgen hat. Ziel war die Überwindung dieses Entwicklungsmodells. Im Jahr 2006 wurden solche zivilgesellschaftlichen Gruppierungen zusammengerufen, um den Regierungsplan der politischen Bewegung *Movimiento País* (nun *Alianza País*) zu entwickeln, den *Plan de Gobierno del Movimiento País 2007-2011* (Movimiento Patria Activa i Soberana 2006). Die Alianza País gewann im Jahr 2006 die Präsidentschaftswahlen und Rafael Correa kam im Januar 2007 ins Amt. Die neue Regierung begrüßte die Yasuní-ITT-Initiative, machte sie zur staatlichen Politik und verkündete sie ein halbes Jahr nach Regierungsantritt.

Trotz des Einflusses des Regierungsplans stellte der erste offizielle Entwicklungsplan der neuen Regierung, der *Plan Nacional de Desarrollo 2007-2010* (SENPLADES 2007), die Yasuní-ITT-Initiative in den Rahmen des orthodoxen Narrativs, das sich auf nachhaltige Entwicklung und menschliche Entwicklung beruft (Alarcón & Mantilla 2017: 101). Der erste Entwicklungsplan nahm die Initiative im Rahmen einer Strategie der alternativen und nachhaltigen Nutzung der Biodiversität mit besonderer Berücksichtigung indigener Völker und Kulturen auf (ebd.: 156). Insofern wurde Natur als strategische Ressource betrachtet, die gemanagt werden muss, anstatt den Status eines Kulturguts (*patrimonio*) zu haben. Die Verfassung von 2008 garantierte auf der einen Seite der Natur, oder *Pachamama*, das Existenzrecht, das Fortbestehen und den Unterhalt sowie die Regeneration ihrer Lebenszyklen (Artikel 71); und auf der anderen Seite verbot sie Aktivitäten der Extraktion von nicht-erneuerbaren natürlichen Ressourcen ... in geschützten Gebieten und in Gebieten immateriellen Vermögens (Artikel 407) (*Asamblea Constituyente* – Verfassungsgebende Versammlung 2008). Beide Artikel (71 und 407) sind Ausdruck der ökologischen Dimension von *buen vivir*, die ihre Grundlage in der harmonischen Beziehung zwischen Natur und Gesellschaft hat. Daher war die 2008 in Kraft getretene Verfassung inspiriert von einer Alternative zur Entwicklung, die die konzeptionellen Grundlagen von Entwicklung ebenso wie die Institutionen und Praktiken, die sie legitimieren, in Frage stellt (Gudynas 2014: 65). Entsprechend ist die Yasuní-ITT-Initiative der Inbegriff der ökologischen Dimension von *buen vivir*.

2010 unterzeichnete die ecuadorianische Regierung ein Abkommen mit dem UN-Entwicklungsprogramm (UNDP), das zum Ziel hatte, mit Hilfe eines Treuhandfonds nachhaltige Entwicklung und Strategien für menschliche Entwicklung in der Amazonasregion zu finanzieren, vor allem durch Schutz und Aufforstung sowie durch soziale Entwicklung (UNDP 2010: 5). Dafür verpflichtete sich der ecuadorianische Staat, das Ölfeld ITT auf unbestimmte Zeit nicht zu erschließen. Trotz der unbegrenzten Dauer des Projektes (Rechtsverordnung Nr. 1572) und der vereinbarten Frist von dreizehn Jahren ab 2011 zur Verwirklichung der internationalen Entschädigung (Rechtsverordnung Nr. 74), verkündete die ecuadorianische Regierung im August 2013 die unilaterale Beendigung der Yasuni-ITT-Initiative und den Beginn der Ölgewinnung im YNP. Der staatliche Profit des Ölgeschäfts, erklärte Präsident Correa, sei für den Kampf gegen die Armut gedacht. Seine fortlaufende Erwähnung „infantiler Ökologen“, auf die UnterstützerInnen der Initiative anspielend, schaffte eine weitere Legitimierung des „neuen“ Entwicklungskonzepts der Regierung. Das Verständnis von Natur pendelte zurück zu einer strategischen Ressource, einer zweckgerichteten Bedeutung der Natur für ökonomisches Wachstum und materielle Wohlfahrt. Die Beendigung der Initiative zerstörte das Konzept des *buen vivir* als Entwicklungsalternative und zeigte die Nähe der Regierung zu einer „neo-developmentalistischen“ Position.

Die ecuadorianische Öl-Ära und Auffassungen von Natur

Extraktivistische Aktivitäten an der Pazifikküste Ecuadors können bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts zurückverfolgt werden. Aber mit der Integration der Amazonasregion (*el Oriente*) in die Weltökonomie, getrieben von bekannten multinationalen Unternehmen, begann die ecuadorianische Öl-Ära. Ausländische Firmen prägten die Vorstellung vom *Oriente* im restlichen Land. Die *Royal Dutch Shell Co.* traf dort 1937 ein und baute in der Provinz Pastaza die Gemeinde Shell-Mera auf. Als Shell seine Pläne bekannt gab, in Ecuador aus dem Geschäft auszusteigen, trat der damalige Präsident Galo Plaza Lasso (1948-1952) mit seiner bekannten Rede „der *Oriente* ist ein Mythos“ an die Öffentlichkeit. Lago Agrio, die Hauptstadt der Provinz Sucumbíos, wurde nach dem ersten gebohrten Ölfeld der *Texaco Petroleum Company* in Texas benannt: Sour Lake. Texaco (heute Chevron) erhielt seine ersten Genehmigungen in der ecuadorianischen Amazonasregion im Jahr 1964 und agierte dort bis 1990. Als sie das Land wieder verließen, übertrugen die multinationalen Firmen ihre Geschäftstätigkeit an das ecuadorianische Staatsunternehmen. Zu den Zuständigkeiten, die

das öffentliche Unternehmen übernahm, gehörte der Betrieb der Transecuadorianischen Pipeline, welche Texaco in Zusammenarbeit mit der *Gulf Oil Corporation* erbaute. Die 1972 eingeweihte 500 km lange Pipeline war ein Meilenstein der Eingliederung des *Oriente* in die Weltökonomie, da das in der ecuadorianischen Amazonasregion geförderte Erdöl in einen Hafen an der Pazifikküste geleitet wurde.

Während der Einweihungszeremonie der Transecuadorianischen Pipeline erläuterte der frühere Diktator General Guillermo Rodríguez Lara, das Oberhaupt der selbsternannten „revolutionär-nationalistischen“ Regierung (1972-1976), das Modernisierungsprojekt ecuadorianischer Art, das die Natur einzig als Ressource betrachtete, um ökonomisches Wachstum und materielle Wohlfahrt zu erzielen:

„Öl wird uns [...] helfen, die Probleme zu lösen, die unser Vaterland und insbesondere die ecuadorianische Bevölkerung [...] plagten, insbesondere die marginalisierten, enteigneten Menschen, die weiterhin [...] mit Elend, Ignoranz, Müllkippen und fehlender Gesundheitsversorgung kämpfen.“ (General Guillermo Rodríguez Lara, Ansprache des Präsidenten, 26.7.1972)

Die Aufnahme Ecuadors in die Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) im Jahr 1973 markierte den Beginn der Öl-Ära.¹ Die Integration in die OPEC und die Gründung einer staatseigenen Ölfirma, der *Corporación Estatal Petrolera Ecuatoriana* (CEPE) im Jahr 1972, wurden als nationalistische Waffen im Kampf gegen die multinationalen Unternehmen um Ölrenten angesehen. Bemühungen der „revolutionär-nationalistischen“ Diktatur, den Besitz von unterirdischen Ressourcen zurückzugewinnen und das so produzierte Gut zu fördern, waren erfolgreich; sie trugen letztendlich jedoch dazu bei, den Staat in die Rolle eines Grundbesitzers zu rücken (Coronil 1997: 65). Während Ölrenten eine zentrale Position in der ökonomischen und soziopolitischen Sphäre einnahmen, wurde die Natur als strategische Ressource verstanden, welche es durch den Staat zurückzufordern galt, um nationale Modernisierungsprojekte voranzutreiben.

Die Dekade der 1980er Jahre war geprägt durch die Rückkehr demokratisch gewählter Regime, welche nun mit der Schuldenkrise und dem Fall internationaler Ölpreise konfrontiert waren. Eine der konkreten

1 Ecuador wurde während der weltweiten Erdölkrise (1973-1974) zur OPEC zugelassen, während derer sich die Preise vervierfachten. Der Schock wurde provoziert, als große OPEC-Staaten gegenüber denjenigen Ölimporteuren ein Embargo erklärten, die Israel während des Yom-Kippur-Krieges unterstützten. Dieses unterstreicht die Bedeutung geopolitischer Faktoren gegenüber ökonomischen, wenn es um Öl geht. Während der zweiten Ölkrise (1979-1980), hervorgerufen durch die Iranische Revolution und den Ausbruch des Iran-Irak-Krieges, verdreifachten sich die Preise.

Konsequenzen der Durchsetzung des *Konsenses von Washington* während der letzten zwei Dekaden des 20. Jahrhunderts bestand darin, dass sich der ecuadorianische Staat vollkommen auf Globalisierungskurs begab, indem er die sogenannten komparativen Vorteile (vor allem der Naturressourcen) nutzte. Die Natur wurde zum Schlüssel des Zugangs zur Weltökonomie. Mit dem Ziel, *CEPE* zu ersetzen, wurde 1989 *Petroecuador* gegründet und ein rechtlicher Rahmen geschaffen, um entsprechend den Vorgaben der *Strukturanpassungsprogramme* des Washingtoner Konsenses die staatliche Firma zu privatisieren. 1992 verließ Ecuador die OPEC und strebte eine Erhöhung der Ölgewinnung an, um die abnehmenden Erlöse zu kompensieren. Die Bemühungen schienen erfolgreich, als die Ölexporte der multinationalen Unternehmen die von *Petroecuador* 2003 übertrafen (Larrea 2006: 67). Allerdings waren die sozio-ökologischen Konsequenzen desaströs. Rafael Correa trat 2007 zur Präsidentschaft an, während Ecuador im selben Jahr wieder OPEC-Mitglied wurde und dem neuen Nationalismus lateinamerikanischer linksgerichteter Prägung folgte. Im Zuge dieses regionalen Trends der Verstaatlichung strategischer Sektoren reformierte Correas Regierung den Status von *Petroecuador* im Jahre 2010 und beendete den gescheiterten Privatisierungsversuch. Ein weiterer Meilenstein der ersten Jahre der selbsternannten progressiven (*progresista*) Regierung war ein umweltbezogener Diskurs, der von der Vision der Natur als Erbe geprägt war und damit in einem Gegensatz stand zu der Vorstellung von Natur als strategischer Ressource.

Der Vorstoß des ökologischen Imperativs: Das Öl bleibt im Boden!

Das Ende des 20. Jahrhunderts bot zudem eine Bühne für die endgültige Integration semiotischer Kämpfe (Escobar 1995) um verschiedene Perspektiven hinsichtlich der Beziehung von Natur und Gesellschaft in den Entwicklungsdiskurs einzubringen. Während seit den 1980er Jahren die ecuadorianische Umweltschutzbewegung zunehmend die Innenpolitik beeinflusste (Lewis 2016: 55), schlug der sich herausbildende Diskurs um nachhaltige Entwicklung (UN 1987) die Aufnahme umweltbezogener Komponenten bei Gesprächen über wirtschaftliche Entwicklung auf internationaler Ebene vor. Der ecuadorianische Staat akzeptierte den ökologischen Imperativ formal, indem er 1996 das Umweltministerium gründete sowie fünf Artikel zum Umweltschutz und dem Recht der ecuadorianischen BürgerInnen, in einer gesunden Umwelt zu leben, in die Verfassung von 1998 aufnahm (Fontaine & Narváez 2007: 25). Die staatliche Übernahme des ökologischen Imperativs

führte zu einer modernisierenden Perspektive, die mit dem Management natürlicher Ressourcen verbunden ist (Alarcón & Mantilla 2017: 93). Das gesteigerte Bewusstsein der Gesellschaft bezüglich Umweltproblemen lieferte den nötigen Rückenwind, um das Entwicklungsmodell auf nationaler Ebene neu zu überdenken.

Verschiedene theoretische und methodologische Ansätze, die auf die sozio-ökologischen Konsequenzen der Ölaktivitäten im ecuadorianischen Amazonasgebiet Bezug nehmen, bieten einen Ausgangspunkt für Kritik am bisherigen Entwicklungsmodell, das auf Extraktivismus beruht, d.h. die Intensivierung der Ausbeutung natürlicher Ressourcen für die Kommodifizierung auf dem globalen Markt (Burchardt u.a. 2016: 7) sowie für Kritik an dem Konzept von Entwicklung selbst. Judith Kimerling zeigt in ihrer Arbeit *Amazon Crude* (1991) die negativen Auswirkungen der Ölgewinnung, welche von Texaco in der Amazonasregion seit 1964 durchgeführt wurde, auf. Das Buch wurde „Ecuadors stummer Frühling“ (Brooke 1993) genannt, in Referenz zu Rachel Carsons *Der stumme Frühling* ([1962] 1976), das die moderne Ökologie breiteren Kreisen zugänglich machte und die Umweltbewegung antrieb (Griswold 2012). *Amazon Crude* war also ein Meilenstein in der Förderung eines Umweltdiskurses à la Ecuador (Alarcón & Mantilla 2017: 96). Suzana Sawyer (2008: 324) betont, dass Kimerlings Buch das juristische Vorgehen gegen Texaco 1993 erst auslöste. So brachte eine Gruppe von Opfern der Ölausbeutung in der nördlichen Amazonasregion, welche um die 30.000 KlägerInnen vertrat (Kimerling 2000: 54; Yanza 2004: 38), das multinationale Unternehmen im Bundesstaat New York vor Gericht und warf diesem vor, vorsätzlich Technologie einzusetzen, die auf minimaler Investition und maximaler Profitmaximierung beruhte (Yanza 2004: 37). Zunächst war der Fall bekannt unter dem Namen *Aguinda gegen Texaco*, benannt nach María Aguinda, einer der Quechua-Klägerinnen. 2001 wurde Texaco von Chevron übernommen und der Prozess wurde bald als „Gerichtsverfahren des Jahrhunderts“ bezeichnet.²

Der Chevron-Prozess beförderte zudem das Umweltbewusstsein hinsichtlich der Folgen des Extraktivismus und lieferte ein spezifisches Motiv, einen Vorschlag für ein Moratorium der Ölexploration in der Amazonasregion zu formulieren. Die Umweltorganisation *Acción Ecológica*, Mitte der 1980er Jahre gegründet, veröffentlichte den Vorschlag in *El Ecuador post petrolero* im Jahre 2000. Lokale und globale ökologische Auswirkungen fungierten neben der Notwendigkeit einer langsamen Ausbeutung begrenzter Ressourcen als primäre Gründe für das Moratorium der Ölexploration (Martínez-Alier 2000: 12). Allerdings kann die Idee, das Öl im Boden zu

2 Trotz des 2011 gefällten Urteils gegen das Unternehmen ist der Fall immer noch im Gange.

lassen, als Strategie zur Reduzierung von Treibhausgasen in die 1990er Jahre zurückverfolgt werden. Die Möglichkeit, dass der von Menschen verursachte Ausstoß von Treibhausgasen den globalen Klimawandel bewirkt, veranlasste Greenpeace 1997 zur Erstellung des *Carbon Budgets*³ in *Fossile Brennstoffe und Klimaschutz: Die Carbon Logik*. Der Bericht wies darauf hin, dass „bereits die ökonomisch erschließungsfähigen Öl- und Gasreserven ausreichen, um das *Carbon Budget* zu überschreiten“ (Hare 1997: 57). Folglich sollen nationale Regierungen Schritte unternehmen, um Pläne zu stoppen, die die Ausweitung der Exploration von Öl- und Gasreserven erlauben (ebd.: 58). Ebenfalls 1997, während der alternativen Verhandlungen des Kyoto-Protokolls, schlug *Oilwatch* „Carbon Credits“ als faire Entschädigung dafür vor, das Erdöl im Boden zu lassen (Martínez-Alier & Temper 2007: 18).

Die Initiative in der Zuständigkeit der Regierung: von der Unterstützung zur Auflösung

Die Yasuní-ITT-Initiative wurde Rafael Correas Kabinett von Alberto Acosta vorgestellt, schon bevor dieser zum Minister für Energie und Minen berufen wurde. Die Idee widersprach dem klassischen Verständnis der Beziehung zwischen Natur und Gesellschaft, das die Natur aus utilitaristischer Sicht als zu managende Ressource begreift. Der Gegensatz zwischen den antagonistischen Entwicklungsmodellen schlug sich auch in der Resolution des Vorstandes von *Petroecuador* im März 2007 nieder, die zwei Optionen für das Feld 43 beinhaltete. Die Yasuní-ITT-Initiative war dabei Option A: Der Vorstand akzeptiert die Option, das Erdöl im Boden zu lassen. Option B war die Erdölförderung (Resolution Nr. 25, DIR-2007-03-30). Es war bemerkenswert, dass die nationale, für die Erdölaktivitäten verantwortliche Behörde (d.h. der Minister für Energie und Minen) Option A unterstützte (Alberto Acosta, Interview, 12.2.2016). Acosta verkörperte die von der Umweltbewegung verfochtene Alternative, den „das Öl bleibt im Boden“-Imperativ, die nicht unbedingt mit der Meinung von Präsident Correa übereinstimmte (Alberto Acosta, Interview, 12.2.2016).

Die Yasuní-ITT-Initiative startete offiziell im Juni 2007, am Weltumwelttag. Nur wenige Tage später wurde die Energieagenda 2007-2011 veröffentlicht. Die offizielle Empfehlung des Ministeriums für Energie und Minen (MEM), heute das Ministerium für nichterneuerbare natürliche Ressourcen, hob ausdrücklich Option A hervor (Acosta & Villavicencio 2007: 51). Kurz nach dem anfänglichen Vorstoß im MEM zog die Initiative

3 Unter „carbon budget“ wird die Gesamtsumme der CO₂-Emissionen gefasst, um die Erreichung ökologischer Ziele berechnen zu können (Hare 1997: ix).

zum Außenministerium um. Im September 2007 präsentierte Präsident Correa sie dann vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen. Der gewählte Rahmen für die internationale Bewerbung der Initiative bezog sich auf „internationale Klimagerechtigkeit-Politiken“ (Acosta u. a. 2009: 450), welche in vielerlei Hinsicht auf die „gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten“ anspielte, zugrunde gelegt in Artikel 10 des Kyoto Protokolls (UN 1998: 10). Obwohl die *Post-Development*-Ader der Yasuní-ITT-Initiative in ihrem Ursprung das epistemisch liberale Muster nachhaltiger Entwicklung und seine zentralen Narrative wie das Kyoto-Protokoll übertrug, strebte die ecuadorianische Regierung danach, die Initiative an etablierte Schemata anzupassen. Im Dezember 2007 stellte der Außenminister die Initiative im Rahmen des 13. Treffens der Vertragsstaatenkonferenz (COP 13) der Klimarahmenkonferenz der Vereinten Nationen (UNFCCC) vor. Dies kann man als ersten Versuch werten, den ecuadorianischen Vorschlag hinsichtlich der Logiken des UNFCCC zu harmonisieren.

Anfang 2008 erließ der ecuadorianische Präsident zwei Rechtsverordnungen zur Skizzierung einer organisatorischen Aufstellung der Yasuní-ITT-Initiative. Auf der einen Seite richtete er einen Treuhandfonds zur Energiewende ein, um „Beiträge der internationalen Gemeinschaft zur Investition in energieeffiziente und erneuerbare Energievorhaben zu sammeln“ (Rechtsverordnung Nr. 847). Auf der anderen Seite schuf der Präsident das Technische Sekretariat der Yasuní-ITT-Initiative innerhalb des Außenministeriums um „die Initiative zu fördern und internationale Verhandlungsstrategien zu skizzieren“ (Rechtsverordnung Nr. 882). Nur sechs Monate später wurde der Administrative und Direktive Rat der Yasuní-ITT-Initiative (ADC) ins Leben gerufen, um das Technische Sekretariat zu überwachen (Rechtsverordnung Nr. 1227). Bis November 2009 entwickelte der ADC einen Vorschlag für einen Treuhandfonds unter Verwaltungshoheit des UNDP. Die Vereinbarung mit dem UNDP sollte während der COP 15 im Dezember 2009 unterschrieben werden, doch Präsident Correa behauptete, dass die Mechanismen nicht mit den Souveränitätsprinzipien der ecuadorianischen Regierung in Einklang stünden (Álvarez 2013: 92) und legte sein Veto ein. Die Absage der Vereinbarung provozierte die Amtsniederlegung der Mitglieder der ADC und des Außenministers. Nach diesem Stillstand musste die Erneuerung der Initiative 2010 durch das *Ministerium für die Koordination des Natürlichen und Kulturellen Erbes* (*Ministerio de Coordinación de Patrimonio Natural y Cultural*, MCP) initiiert werden.⁴ Die Vereinbarung

4 Das *Ministerio de Coordinación de Patrimonio Natural y Cultural* (MCP) wurde von Correas Regierung sowohl gegründet als auch aufgelöst. Die Gründung im Februar 2007 war eine Antwort auf die Notwendigkeit der Koordination von „Politiken und Aktionen hinsichtlich

zwischen ecuadorianischer Regierung und UNDP wurde letztendlich im August 2010 unterzeichnet (Rechtsverordnung Nr. 596). Dadurch bildete sich ein zusätzlicher Mechanismus zur Handhabung von Beiträgen neben dem nationalen Treuhandfonds, der 2008 geschaffen wurde. Dennoch war die Obhut der Initiative durch die MCP geprägt von der Gründung einer Administrativen Aushandlungskommission (ANC), welche vor allem für die Geldbeschaffung zuständig war. Die neue Kommission wurde von Ivonne Baki geleitet (Rechtsverordnung Nr. 241). In Anbetracht dieses Vorhabens sollte der Fonds mit (1) Beiträgen von Regierungen, aus privater und öffentlicher Hand einschließlich zwischenstaatlichen und nicht-staatlichen Organisationen und von Einzelpersonen sowie (2) durch Ausgabe von Yasuní-Garantiezertifikaten (CGYs) finanziert werden (UNDP 2010: 6). Die Garantiezertifikate ergänzten eine lange Liste von Emissionszertifikaten wie den *Carbon Credits* und anderen Maßnahmen zur Emissionsreduktion. Prägend für die Garantiezertifikate ist der Grundgedanke, Emissionen vollständig zu vermeiden. Es handelt sich nicht um Emissionen, die nie getätigt würden, wenn das Öl im Boden verbliebe. Da sich diese Logik von den Plänen der Klimarahmenkonferenz (UNFCCC) unterschied, konnten die Garantiezertifikate nicht auf Märkten für Emissionszertifikate gehandelt werden. Daher dienten die CGYs lediglich als von der Regierung angebotene Garantie, das Öl im Boden zu lassen. Im Fall einer Ölförderung berechtigten die Zertifikate ihre BesitzerInnen zu einer Entschädigung durch die ecuadorianische Regierung (UNDP 2010: 13). Im Dezember 2010, während der COP 16, plädierte Präsident Correa für die Einbeziehung von großzügigen Kompensationsprogrammen und stellte das Konzept der *Emisiones Netas Evitadas* (ENE) vor: „Emissionen, die von einem Land abgegeben werden könnten, jedoch nicht produziert werden, oder bestehende Emissionen, die reduziert werden“. Der ecuadorianische Präsident legte weiter dar, dass die Yasuní-ITT-Initiative auf den ENE basiere, und befürwortete die Aufnahme dieses Mechanismus' im Rahmen der Klimarahmenkonferenz, da die Emissionsreduktion durch das Waldschutzprogramm REDD+ (*Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation*) „mangelhaft, ineffizient und inkonsistent“ sei (Rafael Correa, Rede, 8.12.2010). Das REDD+-Programm, welches auf die Entschädigung von Entwicklungsländern für den Dienst

immateriellem Kapitals“ verschiedener Ministerien (Rechtsverordnung Nr. 117-A). Doch nur drei Monate vor der Beendigung der Yasuní-ITT-Initiative, im Mai 2013, wurde das MCP aufgelöst. Die Verantwortlichkeiten, einschließlich der Koordination des Umweltministeriums, wurden dem Ministerium für die Koordination strategischer Sektoren übertragen. Diese Maßnahme sollte später an den Übergang der Auffassung von Natur als Erbe der Menschheit zu Natur als strategische Ressource erinnern.

an der Umwelt durch Reduzierung der Abholzung (Lovera 2009: 46) zielt, war ein wesentliches Anreizsystem, das auf der COP 16 diskutiert wurde.

Das „Herumvagabundieren“ (Martínez 2009: 36) der Initiative durch die verschiedenen Regierungsbehörden und Vorsitzenden schien Anfang 2011 zu einem Ende zu kommen. Das Budget der Initiative wurde zum Büro des Präsidenten transferiert und Ivonne Baki zur bevollmächtigten Repräsentantin der Yasuní-ITT-Initiative und zur Vorsitzenden des Fundraising-Teams ernannt (Rechtsverordnung Nr. 648). Ein Jahr später, 2012, wurde Baki zur Staatssekretärin der Yasuní-ITT-Initiative berufen (Rechtsverordnung Nr. 1030). Seit ihrer ersten Ernennung 2010 bis August 2013 gaben Ivonne Baki und ihr fünfzehnköpfiges Team 7,3 Mio. US\$ für Fundraising-Kampagnen in der ganzen Welt aus (El Universo 2013). Unterdessen beliefen sich die Beiträge im *internationalen Treuhandfonds* auf 11 Mio. US\$ und 2 Mio. US\$ im *nationalen Energiewandel Treuhandfonds* (Rechtsverordnung Nr. 74). Der Zielwert, der bis 2011 zusammenkommen sollte, belief sich dem gegenüber auf 100 Mio. US\$ (UNDP 2010: 13).

„Die Welt hat uns im Stich gelassen“ erklärte Correa im Zuge der Bekanntgabe des Endes der Initiative, während sich Dutzende Protestierende vor dem Präsidentenpalast versammelt hatten. Correa erläuterte weiter, dass die Opportunitätskosten der Ölgewinnung auf 18 Mrd. US\$ gestiegen waren, also 11 Mrd. US\$ mehr als ursprünglich erwartet (Rafael Correa, Rede, 15.8.2013). Somit erkannten die Bettler den Sack voll Gold, auf dem sie saßen, wie die wiederkehrende Metapher des Präsidenten zur Rechtfertigung der gegenwärtigen Beziehung zwischen Natur und Entwicklung. Der Präsident bat das Nationale Parlament, die Nutzung der Ölfelder im YNP zum nationalen Interesse zu erklären. Um den Antrag zu unterstützen, beauftragte Correa die entsprechenden Ministerien mit der Auswertung von Machbarkeitsstudien innerhalb von fünf Tagen (Rechtsverordnung Nr. 74). Der zustimmende Beschluss des Parlaments, mit einer Mehrheit der *Alianza País*, erfolgte prompt in den ersten Tagen des Oktobers:

„[...] Verkündung des nationalen Interesses der Nutzung der Ölfelder 31 und 43, [...], um die fundamentale Aufgabe des Staates, die Rechte der Individuen, Menschen und der Natur zu sichern, um *buen vivir* zu erreichen [...]“ (Resolution der Nationalen Versammlung, 3.10.2013)

Das Ende der Initiative und die neo-extraktivistischen Konsequenzen

Das Ende der Yasuní-ITT-Initiative markiert einen Wendepunkt im Umweltdiskurs der Regierung (Alarcón & Mantilla 2017: 91). Die ökologische

Dimension von *buen vivir*, die die Initiative mit einer Alternative zu Entwicklung verbunden hat, wurde verdrängt zugunsten der ökonomischen Dimension, die die Nutzung natürlicher Ressourcen im Dienst eines Modernisierungsprojektes vorsieht. Dies entspricht Plänen, die bereits zum Zeitpunkt der Ölfunde entwickelt worden waren. Das Konzept des *buen vivir* wurde seines kritischen und transformativen Potenzials entkleidet, als es in offizielle Dokumente aufgenommen wurde (Peters 2014: 140), und bot nun eine Alternative zu Entwicklung an, die allerdings inhaltsleer war. Als *buen vivir* in ein „unbestimmtes und polyphones Konzept“ (Alarcón & Mantilla 2017: 99) überführt wurde, konnte es mit verschiedenen Bedeutungen gefüllt werden: einmal enthielt es die Rechte der Natur und das Verbot der Ölförderung in geschützten Gebieten, dann wurde es in Verbindung gesetzt mit der Ausbeutung strategischer Ressourcen (Ölfelder 31 und 43). Folgen der Beendigung der Initiative waren in der sozio-politischen Sphäre spürbar. Der Bruch zwischen der Regierung und der Umweltbewegung, die die Wahl Correas 2006 unterstützt hatte, konnte bis zum Ende seiner Amtsführung 2017 nicht überwunden werden. Die Umweltbewegung beschränkte sich nicht darauf, die Sorge um die Natur zu repräsentieren, sondern kritisierte das extraktivistische Entwicklungsmodell, das die ecuadorianische Geschichte begleitet hat, grundlegend.

Der klassische Extraktivismus, der auf der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen zum Verkauf ins Ausland basiert, hat traditionell das ecuadorianische Modernisierungsprojekt finanziert. Im Unterschied zu früheren Booms natürlicher Ressourcen (Bananen, Kakao), die seit der Unabhängigkeit des Landes stattfanden, veränderte sich jedoch die Struktur des Staatseinkommens während des Ölbooms von einer Besteuerung privater Profite hin zu einer Abhängigkeit von Renten aus dem Verkauf von Öl nach Übersee. Dadurch verlagerte sich der Ort der Entscheidungen über Gewinnverteilungen vom Markt hin zum Zentrum der Staatsbürokratie (Conaghan 1988: 48). Ferner wurde die Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft bestimmt durch die Verteilung der Ölrenten zwischen einheimischen sozialen und wirtschaftlichen Sektoren. Der Staat spielte eine zentrale Rolle in der Vereinnahmung eines zunehmenden Teils der Renten während der Ölboomperioden, und hat später die Verteilung der Ölrenten innerhalb der Gesellschaft gesteuert. Die erneute staatliche Dominanz während des Ölbooms des 21. Jahrhunderts bildete das ursprüngliche Verbindungsglied zwischen dem Neo-Extraktivismus *à la* Ecuador und der lateinamerikanischen ökonomischen und politischen Ordnung, die vom Rohstoffboom unterstützt wurde und die Maristella Svampa (2013) als „Rohstoffübereinkunft“ (*consenso de los commodities*) bezeichnet hat.

Während der lateinamerikanischen Rohstoffübereinkunft sorgte die (Um-) Verteilung der Renten aus den natürlichen Ressourcen dafür, dass positive soziale und ökonomische Indikatoren erreicht wurden und linksgerichtete Regierungen Wahlerfolge erzielten. An dieser anscheinend erfolgreichen neo-extraktivistischen Strategie wurde jedoch Kritik laut, hervorgebracht durch einen neuen Zyklus von Kämpfen, die die Verteidigung von Land und Natur forcierten, sowie Entwicklungsmodelle in Frage stellten (Svampa 2013: 30). In Ecuador sicherte das intensivisierte Staatshandeln während der Regierung Correa die Aufmerksamkeit inländischer Sektoren, da die interne Verteilung der Öleinkommen sozio-ökonomische Schlüsselindikatoren verbesserte (z.B. Gini-Koeffizient, der Index der Menschlichen Entwicklung, der Armutsindex). Die Umverteilungspolitiken der – selbsternannten – progressiven Regierungen resultierten in Wahlerfolgen, die zur weiteren Legitimierung der neo-extraktivistischen Strategie beitrugen. Trotzdem trug der ecuadorianische Neo-Extraktivismus in Gestalt der Rohstoffübereinkunft zur Entwicklung eines Umweltdiskurses bei, der die Macht hatte, die einvernehmliche Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft zu rekonfigurieren. Die Vorstellung von Gemeingütern, die darauf fußt, Güter des ökologischen, sozialen und kulturellen Erbes von einer Vermarktung auszuschließen (Svampa 2013: 41), basiert auf einem Naturverständnis, das im Gegensatz zur Vorstellung von Natur als strategischer Ressource steht. Diese antagonistischen Positionen wurden von der Gesellschaft und vom Staat verteidigt und waren zentral bei der Konstruktion des Entwicklungskonzeptes. Einerseits wurde die Natur vor der Beendigung der Yasuni-ITT-Initiative als Erbe gesehen, und *buen vivir* spielte auf einen alternativen Ansatz zu Entwicklung an, der auf der Notwendigkeit einer harmonischen Beziehung zwischen der Natur und der Gesellschaft fußt. Die Durchsetzung der Yasuni-ITT-Initiative lud dazu ein, von einer postfossilen Epoche zu träumen. Andererseits verstärkte das Ende der Initiative das neo-extraktivistische Paradigma: ein erneuter Wettbewerb um die Kommodifizierung der natürlichen Ressourcen, um das vom Staat geleitete nationale Entwicklungsprojekt zu unterstützen. Dies begrenzte die Möglichkeiten, sich an Alternativen zur Entwicklung zu orientieren, wie sie durch *buen vivir* ursprünglich aufgezeigt worden waren, und die Umweltbewegung wandte sich offensichtlich der politischen Opposition zur Regierung Correa zu.

Das Ende des Rohstoffbooms des 21. Jahrhunderts im Jahr 2014 lädt nun dazu ein, die Odyssee der ecuadorianischen Initiative aus verschiedenen Blickwinkeln zu überdenken. Auf den ersten kurzfristigen Blick hatte das Fallen der internationalen Ölpreise eine pessimistische Neukalkulation der Einnahmen von Feld 43 zur Folge und stellte die langfristige Profitabilität

der Ölausbeutung im ecuadorianischen Amazonien in Frage. Ferner waren unerwartet erhöhte Ölgewinne paradoxerweise mit einer Erhöhung der Auslandsschulden verbunden. Mächtige Schuldenberge während der Regierung Correa bildeten einen zusätzlichen Auslöser, um sich von der Yasuní-Initiative zu distanzieren. Nur einen Monat vor deren Beendigung erhielt Ecuador einen 2 Mrd. US\$ Kredit der chinesischen Entwicklungsbank im Tausch gegen fast 40.000 Barrel Öl pro Tag (etwa 8 % der nationalen Ölförderung) im Laufe zweier Jahre (Krauss 2013). Nur sechs Monate, bevor die Beendigung der Yasuní-ITT öffentlich verkündet wurde, wurde Correa für weitere vier Jahre wiedergewählt. Der neue Vizepräsident war verantwortlich für große Infrastrukturprojekte, von denen die meisten mit chinesischen Geldmitteln finanziert und die für die neue Administration von zentralem Interesse waren. Die Zuordnung der Aufgaben des Vize-Präsidenten bestätigte den Wandel in den Prioritäten der Regierung. Bis dahin waren unter dem vorherigen Vize-Präsidenten (und derzeitigen Präsidenten) Lenín Moreno soziale Investitionen maßgeblich gewesen. Acosta, der gegen Correa angetreten war, erhielt 3 % der Wählerstimmen aller acht Kandidaten. Er prophezeite das Ende der Initiative nach Correas Wahlsieg, als er sagte, dass die für die Ölförderung erforderliche Infrastruktur bereits vorhanden sei (The Guardian 2013).

Ein Jahr vor der Wiederwahl Correas war Acosta einer der Anführer des Protestmarsches für das Wasser, das Leben und die Würde der Völker⁵, der zwischen dem 8. und 22. März 2012 stattfand und vom Süden des Landes, einer Region, die von Bergbauaktivitäten bedroht ist, bis zur Hauptstadt zog und dabei eine Strecke von über 700 km zurücklegte. Etwa 70.000 Personen nahmen an dem Marsch sowie an der Demonstration, die nach der Ankunft in Quito am Weltwassertag stattfand, teil (Ortiz 2016: 51). Der Marsch für das Wasser wurde von sehr heterogenen oppositionellen Gruppen organisiert und wurde angeführt von der Konföderation der indigenen Nationen von Ecuador (*Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador*, CONAIE) und lokalen Regierungen gegen den Bergbau. Die Erfolge der Opposition gegen den Neo-Extraktivismus als Entwicklungsstrategie konnten jedoch nicht im Wahlkampf genutzt werden, wie die Ergebnisse von Acostas Kandidatur zeigten. Santiago Ortiz (2016: 61) befürwortete eher einen qualitativen Sprung im Charakter der sozialen Bewegungen in Opposition zur Regierung und argumentierte, dass eine polyzentrische soziale Bewegung entstanden sei. Das Ende der Yasuní-ITT-Initiative war der Beginn der Yasunidos. Eine neue Generation (urbaner) AktivistInnen (O’Connell 2016: 37) stand an der Spitze der Demonstrationen, die in den

5 *Marcha por el agua, la vida y la dignidad de los pueblos.*

großen Städten des Landes täglich stattfanden, nachdem der Präsident die Beendigung der Initiative erklärt hatte. Das politische Erbe des Marsches für das Wasser und die damit verknüpfte Kritik am neo-extraktivistischen Entwicklungsmodell stützt die Positionen der Yasunidos (Pato Chávez, Sprecher Yasunidos, Interview, 13.4.2016). Die Kritik fußte auf vielschichtigen Naturverständnissen, mit denen soziale Bewegungen, indigene und bäuerliche Organisationen sowie Gruppen von Intellektuellen das regierungsnah Konzept von Natur als strategischer und zu nutzender Ressource konfrontierten. Solche alternativen Naturverständnisse waren grundlegend für die Kritik am gegenwärtigen Entwicklungsmodell. Die Yasuní-ITT-Initiative zeigte sich als Bruch mit dem Entwicklungsmodell, das die Natur zerstört, um die natürlichen Ressourcen auszubeuten (Fernando Fajardo, Mitglied der Yasunidos, Interview, 6.5.2016).

Die Bedeutung der Yasunidos als nationale soziale Kraft, die die neo-extraktivistische Strategie in Frage stellte, wurde durch die Entscheidung bekräftigt, ein Referendum zur Yasuní-ITT-Initiative abzuhalten (O'Connell 2016: 50), wie es in Artikel 407 der Verfassung für nicht-erneuerbare Ressourcen in ökologisch sensiblen Territorien vorgesehen ist:

„In Ausnahmefällen können diese Ressourcen genutzt werden, wenn der Präsident der Republik einen begründeten Antrag vorlegt und das Parlament eine Erklärung des nationalen Interesses beschließt, und dann ein Referendum durchgeführt werden kann, wenn dies ratsam erscheint.“ (Asamblea Constituyente 2008)

Die Petition für ein Referendum ist dem Nationalen Wahlrat (CNE) vorzulegen und muss von fünf Prozent der Wahlberechtigten unterstützt werden, so dass die Yasunidos etwa 600.000 Unterschriften landesweit sammeln mussten. Dem Kollektiv gelang dies erfolgreich, doch die CNE warf ihm Betrug vor, disqualifizierte Unterschriften und wies die Petition zurück. Eine neue Runde von Demonstrationen begann, und das Kollektiv erhielt nun den Anschein, als handle es sich um eine Handvoll von Leuten, die gegen die Staatsmacht kämpften (Pato Chávez, Sprecher der Yasunidos, Interview, 13.4.2016).

Interner Druck und externe Spannungen: ein Abschluss?

Widersprüchliche Beziehungen gab es nicht nur in der nationalen Arena. Die deutsche Regierung war die erste weltweit, die 2008 während des ersten Regierungskabinetts von Angela Merkel eine substantielle Unterstützung der Yasuní-Initiative anbot. Im deutschen Parlament wuchs die Unterstützung

für das ecuadorianische Projekt, gefördert durch den Enthusiasmus der Grünen, da die Umsetzung der Initiative mit den grünen politischen Zielen übereinstimmte. Die Verantwortung für die Umsetzung lag beim *Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* (BMZ), doch im Oktober 2009 ruderte der neu berufene Minister im zweiten Merkel-Kabinett, Dirk Niebel von der FDP, zurück und verkündete das Aus der Unterstützung. Er argumentierte, die Initiative und ihre Ziele und Garantien seien nicht ernsthaft genug (Ecuadorinmediato 2010). Alberto Acosta nahm an, dass Niebel in einer Unterstützung der ecuadorianischen Initiative die Förderung von „schlechtem Einfluss“ auf andere unterentwickelte Länder gesehen hätte, selbst ähnliche Kompensationen bei ökologischen Streitfragen zu fordern (Alberto Acosta, Interview, 12.2.2016). Jedoch hatten mehr als vierzig Jahre der Zusammenarbeit speziell zu Umweltfragen zwischen Deutschland und Ecuador den Weg für andere Kooperationsformen geebnet.

Das *Sonderprogramm Biosphärenreservat Yasuní* konzentrierte sich auf die Erhaltung der Biodiversität, und die deutsche Regierung stellte über diese Plattform 34,5 Mio. € über fünf Jahre für den Schutz des Yasuní-Nationalparks bereit (BMZ 2013: 2). Folglich wurde die Finanzierung nicht für den internationalen Yasuní-ITT-Treuhandfonds bereitgestellt, sondern an das Ministerium für Umwelt gezahlt. Hans-Jürgen Beerfeltz, Staatssekretär im BMZ, verkündete dieses Kooperationsprojekt im Februar 2013 und hob hervor, dass Ecuador angesichts der Wiederwahl Correas ein verlässlicher politischer Partner geworden sei und dies politische Stabilität verspreche (El Telégrafo 2013).

Die Beendigung der Yasuní-ITT-Initiative rief externe Spannungen hervor. Als die deutsche Regierung um Erklärungen bat, drohte Präsident Correa damit, das spezielle Programm „Biosphärenreservat Yasuní“ einseitig zu kündigen. Er erklärte, dass Ecuador keine Rechtfertigung geben und seine Regierung keine Einmischung von außen in interne Angelegenheiten dulden würde (La Hora 2013). Im Oktober 2014 besuchte eine Delegation deutscher ParlamentarierInnen Ecuador und traf mit VertreterInnen des Außenministeriums zusammen, die den Ölförderplan im Yasuní-Nationalpark und die aus ihrer Sicht nur minimalen Umweltauswirkungen erläuterten. Die deutsche Delegation, die von Bärbel Höhn (*Die Grünen*), der Vorsitzenden des parlamentarischen Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit geleitet wurde, traf sich auch mit Mitgliedern der Yasunidos, die ihre Sorge um den Zustand des Yasuní-Nationalparks und seine weitere Schädigung durch zukünftige extraktive Aktivitäten zum Ausdruck brachten. Die Delegation wurde am Zugang zum Nationalpark gehindert, und ein neuer Besuch war für Ende 2014 vorgesehen. Doch im Dezember verbot

die ecuadorianische Regierung der deutschen Delegation die Einreise nach Ecuador, und Correa erklärte, dass „der Kolonialismus bereits zu Ende sei“ (El Universo 2014a). Parallel zu den laufenden diplomatischen Spannungen traf sich die Bundestagsdelegation mit den Yasunidos und seinen Verbündeten, die der Opposition nahestehen, darunter auch Acosta. Das Treffen fand während der COP 20 in Lima statt (Alberto Acosta, Interview, 12.2.2016). Bärbel Höhn setzte sich für einen intensiven Dialog ein, der Oppositionskräfte einschließen sollte, um die veränderte Position der ecuadorianischen Regierung zur Yasuní-ITT-Initiative zu verstehen (El Universo 2014b).

Auf nationaler Ebene wurde dieses „hinter den Kulissen“ stattfindende Treffen als internationale Unterstützung für die Initiative und weitergehend auch als Befürwortung eines anderen Entwicklungsmodells verstanden. Die weltweite Debatte über die Verteidigung der Natur, die von dem wegweisenden ecuadorianischen Projekt ausgelöst worden war, führte zu einer Neubewertung der Bedeutung von Gemeingütern und von Natur in einem weitreichenden Sinn, der über öffentliche Institutionen und Finanzierungsmechanismen wie REDD+ hinausgeht. Die Aufkündigung der Yasuní-ITT-Initiative hat nicht nur die ablehnende Haltung der Regierung gegenüber den eigenen Verfassungsprinzipien gezeigt (Conaghan 2016: 115). Vielmehr zeigte sie auch, dass die Verfassung von 2008 von der Zivilgesellschaft auch als Schutzschild gegen neo-extraktivistische Positionen genutzt werden kann (was die Yasunidos mit der Durchsetzung eines Referendums taten), und dies sogar seitens der Regierung, die nach Correas Regierung an die Macht kam. Die Yasuní-ITT-Initiative und ihre Beendigung förderten das Umweltbewusstsein und brachten eine Generation von AktivistInnen hervor, für die Entwicklung untrennbar mit der Natur verbunden ist. Yasunidos sind Teil dieser Generation. In ihrer Kritik des Neo-Extraktivismus kommen die Stimmen von sozialen Bewegungen, Indigenen und Bauernorganisationen sowie Gruppen von Intellektuellen zusammen, die sich für eine Epoche „nach dem Erdöl“ einsetzen.

*Übersetzung aus dem Englischen: Hildegard Scheu,
Laura Dederichs, Helen Schwenken & Franziska Müller*

Literatur

- Acosta, Alberto; Alexandra Almeida; Milton Balseca; Elizabeth Bravo; Fernando Carrión; Judith Kimerling; Carlos Larrea; Esperanza Martínez; Diego Puente; Ivonne Ramos; Catalina Sosa & Carlos Viteri (2000): *El Ecuador post petrolero*. Quito.
- Acosta, Alberto; Eduardo Gudynas, Esperanza Martínez & Joseph Vogel (2009): „Dejar el crudo en tierra o la búsqueda del paraíso perdido. Elementos para una propuesta política

- y económica para la iniciativa de no explotación del crudo del ITT⁶. In: *Polis. Revista de la Universidad Bolivariana*, Bd. 8, Nr. 23, S. 429-452 (<https://doi.org/10.4067/S0718-65682009000200019>).
- Acosta, Alberto, & Arturo Villavicencio (2007): *Agenda energética 2007-2011. Hacia un sistema energético sustentable*. Quito.
- Alarcón, Pedro, & Renata Mantilla (2017): „El discurso ambiental en el gobierno de la revolución ciudadana“. In: *Iberoamérica Social. Revista-red de estudios sociales*, Bd. 7, Nr. 4, S. 91-107.
- Álvarez, Yomar (2013): „Una propuesta desde el ecologismo para proteger a una parte del Parque Nacional Yasuni“. In: Narváez u.a. 2013, S. 80-101.
- Asamblea Constituyente (2008): *Constitución política de la República del Ecuador*. Montecristi.
- Brooke, James (1993): „Oil and Tourism Don't Mix, Inciting Amazon Battle“. In: *The New York Times*, 26.9.1993, <http://www.nytimes.com/1993/09/26/world/oil-and-tourism-don-t-mix-inciting-amazon-battle.html?pagewanted=all>, letzter Aufruf: 2.3.2018.
- BMZ – Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2013): *Sonderprogramm Biosphärenreservat Yasuni*. Berlin.
- Burchardt, Hans-Jürgen; Rafael Domínguez, Carlos Larrea & Stefan Peters (2016): „Introducción“. In: Burchardt, Hans-Jürgen; Rafael Domínguez; Carlos Larrea & Stefan Peters (Hg.): *Nada dura para siempre. Neo-extractivismo tras el boom de las materias primas*. Quito & Kassel, S. 7-17, http://www.burchardt.uni-kassel.de/wp-content/uploads/2016/09/Nada-dura-para-siempre-15_septiembre_2016.pdf, letzter Aufruf: 2.3.2018.
- Carson, Rachel ([1962] 1976): *Der stumme Frühling*. München (englisches Original: *Silent Spring*. Boston, US-MA, 1962).
- Conaghan, Catherine (2016): „Ecuador Under Correa“. In: *Journal of Democracy*, Bd. 27, Nr. 3, S. 109-118 (<https://doi.org/10.1353/jod.2016.0040>).
- Conaghan, Catherine (1988): *Restructuring Domination. Industrialists and the State in Ecuador*. Pittsburgh, US-PA.
- Coronil, Fernando (1997): *The Magical State. Nature, Money and Modernity in Venezuela*. Chicago, US-IL.
- Ecuadorinmediato (2010): *Alemania expresa dudas sobre Ecuador y la seriedad del plan Yasuni-ITT*. Quito, 17.9.2010, http://ecuadorinmediato.com/index.php?module=Noticias&func=news_user_view&id=134064&umt=alemania_expresa_dudas_sobre_ecuador_y_seriedad_del_plan_yasuni_itt, letzter Aufruf: 16.3.2018.
- El Telégrafo (2013): *Alemania entrega cerca de 46 millones de dólares para proteger Yasuni ITT*. Guayaquil, 21.2.2013. <https://www.eltelegrafo.com.ec/noticias/informacion-general/1/alemania-entrega-cerca-de-46-millones-de-dolares-para-protger-yasuni-itt>, letzter Aufruf: 16.3.2018.
- El Universo (2014a): *Alemanes esperan visitar el país, por el Yasuni, en el 2015*. Guayaquil, 17.12.2014, <https://www.eluniverso.com/noticias/2014/12/17/nota/4352621/alemanes-esperan-visitar-pais-yasuni-2015>, letzter Aufruf: 2.3.2018.
- El Universo (2014b): *Bärbel Höhn: „Es legítimo saber a dónde va el dinero del gobierno alemán“*. Guayaquil, 12.12.2014, <https://www.eluniverso.com/noticias/2014/12/12/nota/4332916/es-legitimo-saber-donde-va-dinero-gobierno-aleman>, letzter Aufruf: 2.3.2018.
- El Universo (2013): *Ivonne Baki despidió el proyecto Yasuni, pero buscará que se proteja*. Guayaquil, 22.8.2013, <https://www.eluniverso.com/noticias/2013/08/22/nota/1327846/ivonne-baki-despidio-proyecto-yasuni-buscar-que-se-proteja>, letzter Aufruf: 2.3.2018.
- Escobar, Arturo (1995): „El desarrollo sostenible. Diálogo de discursos“. In: *Ecología política. Cuadernos de debate internacional*, Nr. 9, S. 7-26.
- Fontaine, Guillaume, & Iván Narváez (2007): „Problemas de la gobernanza ambiental en el Ecuador“. In: Fontaine, Guillaume, & Iván Narváez (Hg.): *Yasuni en el siglo XXI. El Estado*

- ecuatoriano y la conservación de la Amazonía. Quito, S. 13-31 (<https://doi.org/10.4000/books.ifea.5765>).
- Griswold, Eliza (2012): „How ‘Silent Spring’ Ignited the Environmental Movement“. In: *The New York Times*, 21.9.2012, <http://www.nytimes.com/2012/09/23/magazine/how-silent-spring-ignited-the-environmental-movement.html>, letzter Aufruf: 2.3.2018.
- Gudynas, Eduardo (2014): „El postdesarrollo como crítica y el buen vivir como alternativa“. In: Delgado, Gian Carlo (Hg.): *Buena vida, buen vivir. Imaginarios alternativos para el bien común de la humanidad*. Mexiko-Stadt, S. 61-95.
- Hare, Bill (1997): *Fossil Fuels and Climate Protection. The Carbon Logic*. Amsterdam.
- Kimerling, Judith (2000): „La Texaco en el Ecuador. Informe del juicio“. In: Acosta u.a. 2000, S. 51-65.
- Kimerling, Judith (1991): *Amazon Crude*. New York, US-NY.
- Krauss, Clifford (2013): „Plan to Ban Oil Drilling in Amazon is Dropped“. In: *The New York Times*, 16.8.2013, <http://www.nytimes.com/2013/08/17/business/energy-environment/ecuador-drops-plan-to-ban-drilling-in-jungle.html>, letzter Aufruf: 2.3.2018.
- La Hora (2013): *Correa dio por terminado un convenio con Alemania para conservar el Yasuní ITT*. Quito, 21.8.2013, <https://lahora.com.ec/noticia/1101551918/noticia>, letzter Aufruf: 16.3.2018.
- Larrea, Carlos (2010): „Petróleo o conservación en el parque Yasuní. Una opción histórica“. In: *UASB Digital*, November, S. 1-14.
- Larrea, Carlos (2006): „Petróleo y estrategias de desarrollo en el Ecuador: 1972-2005“. In: Fontaine, Guillaume (Hg.): *Petróleo y desarrollo sostenible en el Ecuador. 3. Las ganancias y pérdidas*. Quito, S. 57-68.
- Lewis, Tammy (2016): *Ecuador's Environmental Revolutions. Ecoimperialists, Ecodependents, and Ecoresisters*. Cambridge, US-MA (<https://doi.org/10.7551/mitpress/9780262034296.001.0001>).
- Lovera, Simone (2009): „REDD Realities“. In: *Critical Currents*, Nr. 6, S. 46-53.
- Martínez, Esperanza (2009): *Yasuní. El tortuoso camino de Kioto a Quito*. Quito.
- Martínez-Alier, Joan (2000): „Introducción“. In: Acosta u.a. 2000, S. 11f.
- Martínez-Alier, Joan, & Leah Temper (2007): „Oil and Climate Change. Voices from the South“. In: *Economic and Political Weekly*, Bd. 42, Nr. 50, S. 16-19.
- Movimiento Patria Altiva i Soberana (2006): *Plan de gobierno del movimiento País 2007-2011*. Quito.
- Narváez, Iván; Massimo de Marchi & Eugenio Pappalardo (2013) (Hg.): *Yasuní, zona de sacrificio. Análisis de la Iniciativa ITT y los derechos colectivos indígenas*. Quito.
- Narváez, Iván; Massimo de Marchi, & Eugenio Pappalardo (2013a): „Yasuní: en clave de derechos y como ícono de la transición para ubicarse en la selva de proyectos“. In: Narváez u.a. 2013, S. 9-26.
- O'Connell, Chris (2016): „Yasuni-ITT and Post-Oil Development: Lessons for Development Educators“. In: *Policy and Practice. A Development Education Review*, Nr. 22, S. 35-58.
- Ortiz, Santiago (2016): „Marcha por el agua, la vida y la dignidad de los pueblos“. In: *Letras Verdes. Revista Latinoamericana de Estudios Socioambientales*, Nr. 19, S. 45-66 (<https://doi.org/10.17141/letrasverdes.19.2016.1958>).
- Peters, Stefan (2014): „Post-crecimiento y buen vivir: discursos políticos alternativos o alternativas políticas?“. In: Endara, Gustavo (Hg.): *Post-crecimiento y buen vivir. Propuestas globales para la construcción de sociedades equitativas y sustentables*. Quito, S. 123-161.
- Sawyer, Suzana (2008): „Suing Chevron Texaco“. In: De la Torre, Carlos, & Steve Striffler (Hg.): *The Ecuador Reader. History, Culture, Politics*. Durham, US-NC, S. 321-328.
- SENPLADES – Secretaría Nacional de Planificación y Desarrollo (2007): *Plan nacional de desarrollo 2007-2011*. Quito.

- Svampa, Maristella (2013): „‘Consenso de los commodities’ y lenguajes de valoración en América Latina“. In: *Nueva Sociedad*, Nr. 244, S. 30-46.
- The Guardian (2013): *Ecuador election. Rafael Correa set to win despite fossil fuel fears*. London, 14.2.2013, <https://www.theguardian.com/world/2013/feb/14/ecuador-election-president-rafael-correa>, letzter Aufruf: 2.3.2018.
- UN – United Nations (1998): *Protocolo de Kyoto de la Convención Marco de las Naciones Unidas sobre el Cambio Climático*. Genf, <https://unfccc.int/resource/docs/convkp/kpspan.pdf>, letzter Aufruf: 2.3.2018.
- UN – United Nations (1987): *Report of the World Commission on Environment and Development. A/RES/42/187*. Genf, <http://www.un.org/documents/ga/res/42/ares42-187.htm>, letzter Aufruf: 2.3.2018.
- UNDP – United Nations Development Programme (2010): *Ecuador Yasuni ITT Trust Fund. Terms of Reference*. 28.7.2010, <http://mdf.undp.org/document/download/4492>, letzter Aufruf: 2.3.2018.
- Yanza, Luis (2004): „El juicio a Chevron Texaco“. In: Fontaine, Guillaume (Hg.): *Petróleo y desarrollo sostenible en el Ecuador*. 2. Las apuestas. Quito, S. 37-44.

Amtliche Dokumente

- Rechtsverordnung Nr. 74. Offizielles Amtsblatt Nr. 72, Supplement II, Quito, 3.9.2013.
- Rechtsverordnung Nr. 1030. Offizielles Amtsblatt Nr. 637, Quito, 9.2.2012.
- Rechtsverordnung Nr. 648. Offizielles Amtsblatt Nr. 391, Quito, 23.2.2011.
- Rechtsverordnung Nr. 596. Offizielles Amtsblatt Nr. 356, Quito, 6.1.2011.
- Rechtsverordnung Nr. 241. Offizielles Amtsblatt Nr. 132, Quito, 19.2.2010.
- Rechtsverordnung Nr. 1572. Offizielles Amtsblatt Nr. 530, Quito, 17.2.2009.
- Rechtsverordnung Nr. 1227. Offizielles Amtsblatt Nr. 401, Quito, 12.8.2008.
- Rechtsverordnung Nr. 882. Offizielles Amtsblatt Nr. 269, Quito, 9.2.2008.
- Rechtsverordnung Nr. 847. Offizielles Amtsblatt Nr. 253, Quito, 16.1.2008.
- Rechtsverordnung Nr. 117-A. Offizielles Amtsblatt Nr. 33. Quito, 5.3.2007.
- Resolution der Nationalen Versammlung. Quito, 3.10.2013.
- Resolution Nr. 25 DIR-2007-03-30. Empresa Pública de Hidrocarburos del Ecuador (PETRO-ECUADOR). Quito, 30.3.2007.

Anschriften der AutorInnen:

Pedro Alarcón
pedroalarcon76@gmail.com

Katherine Rocha
r_katy501@hotmail.com

Simone Di Pietro
sdifl@flacso.edu.ec